

Gruppe8mai@gmx.net

Zur Struktur des linken Antisemitismus anhand einiger recht beliebigherausgegriffener, nichtsdestotrotz typischer Fälle

Die Aversion der reformistischen Linken gegen den kulturellen Westen, vor allem gegen die ‚imperialistischen‘ USA und den alliierten ‚zionistischen Aggressor‘ Israel sind bekannt. Dass die einschlägigen Ressentiments selbstverständlich nicht vor der Frankfurter Linken Halt machen, ist ebenso bekannt wie selbstverständlich. Während sich ihr radikaler Flügel in körperlichen Attacken auf ‚ZionistInnen‘ ergeht – wie zuletzt auf einer Antifa-Demo in Darmstadt geschehen – und dabei auch nicht vor dem Einsatz brutaler Gewalt zurückschreckt, übt sich die reformistische Variante in friedensselliger Rhetorik, die meist in die Form von Aufrufen, Appellen und Petitionen gegossen wird. Ein typischer Appell sowie zwei Figuren des perennierenden Aufrufsunwesens – die Linkspartei-Funktionärin Elisabeth Schneider sowie der Protestant und Vorturner der Anti-Nazi-Koordination, Hans-Christoph Stoodt – seien im Folgenden näher charakterisiert, da sie zum inen prägenden Einfluss auf die lokale Linke und ihre öffentliche Erscheinung ausüben, zum anderen idealtypisch für den linken Antisemitismus stehen. In einer Schlussbetrachtung soll die Struktur des linken Antisemitismus sowie die linke Instrumentalisierung jüdischer Stimmen näher untersucht werden.

Kommen wir zunächst zu dem Appell, den beide mit ihrer Unterschrift unterstützen.

Die „Dortmunder Erklärung“

Die Dortmunder Erklärung richtet sich gegen den Vorschlag einer zivilgesellschaftlichen NGO-Definition des Antisemitismus, welcher korrekterweise den Hass auf Israel als Kern des neuen Antisemitismus benennt [1]. Statt jedoch, wie es von Linken eigentlich zu erwarten wäre, die zu oberflächliche und soziologische Definition der NGO's in Form materialistischer Kritik zu unterfüttern und damit den vorgefundenen, verkürzten Antisemitismus-Begriff zu radikalieren, wird der Impuls, Antizionismus als Herzstück von postmodernem Antisemitismus zu begreifen, von den „Dortmundern“ in Gänze zurückgewiesen. In dieser Zurückweisung finden sich etliche Projektionen, Unterstellungen und Verdrehungen, die im folgenden en detail kommentiert werden sollen.

Die Dortmunder Erklärung statuiert im Hinblick auf die NGO-Defintion: „Wer die israelische Staats- und Regierungspolitik für tabu erklärt, fördert Haß und Diskriminierung.“ Von einer Tabuisierung war jedoch an keiner Stelle die Rede, die NGO's benennen recht klare Kriterien für ihre Definition. Das Heraufbeschwören von Tabus erinnert an die konforme Rebellion deutscher KleinbürgerInnen und Rechtsradikaler, die in der angeblichen Verteidigung ihres Rechtes auf Kritik an einem beliebigen Sachverhalt – „man wird doch wohl noch sagen dürfen“ – allein ihre Ressentiments zu drapieren suchen. Die willkürliche Rede von Tabus, wo weder Sprechverbote existieren noch installiert werden sollen, ist als eigener, projizierter Wunsch nach Verhängung von Tabus, z. B. dem nach einer gründlichen Reflektion über den kontemporären Antisemitismus, zu dechiffrieren.

„Dortmund“ schießt im selben Geist weiter gegen die zu PappkameradInnen aufgebauten NGO's: „Politische Handlungen gegen die israelische Staats- und Regierungspolitik sollen ab sofort als antisemitisch gelten.“ Der Enttabuisierungsgestus kleidet sich hier in den beliebten Vorwurf, alle Handlungen gegen die israelische Politik gälten als antisemitisch. Dass dem keineswegs so ist, sondern von den NGO's bestimmte Kriterien genannt wurden (z. B. Aberkennung des Existenzrechtes, Anlegung doppelter Standards usw.), will nicht verstanden werden.

Weiter postuliert „Dortmund“: „Kritik der israelischen Staats- und Regierungspolitik muß ebenso möglich sein wie die Kritik jeder anderen Staats- und Regierungspolitik.“ Wo zunächst legitimerweise das Recht auf Kritik – wenn auch in ressentimentgetränkter Form – eingefordert wird, geht es nun plötzlich um eine Kritik Israels, wie sie an allen anderen Staaten auch zu üben sei. Was universell-demokratisch klingt, bemächtigt sich lediglich des Tickets der Gleichheit, um jede Besonderheit des israelischen Staates zu negieren. Dass die Haltung zu Israel angesichts der von Deutschen organisierten Judenvernichtung wie der heutigen Situation, wo erneut Ausrottungsdrohungen gegen die JüdInnen im Allgemeinen und Israel im Besonderen virulent sind und wirkmächtig zu werden drohen, eine andere sein muss als zu Venezuela, Island oder Tadschikistan, deren Bevölkerung weder in Gegenwart, Vergangenheit noch Zukunft in der Gefahr kollektiver Vernichtung leb(t)en, wird somit durchgestrichen. Zugleich suggeriert das vehemente Beharren auf einer „ebenso möglich“ sein müßenden Kritik das Vorhandensein eines illegitimen Sonderstatus des jüdischen Staates, dessen Privilegien einkassiert gehörten – die menschenrechtlich verbrämte Version der Hetze gegen die ‚Arroganz‘ des ‚auserwählten Volkes‘, die sich angesichts der Realität von ständigen anti-israelischen Kommentaren in Medien [2] wie Alltag selbst blamiert.

Aus „Dortmund“ tönt es weiter: „Propagandisten grundsätzlicher Zurückhaltung gegenüber einem Staat und einer Regierung dagegen schüren den Haß und fördern die Diskriminierung, die einzudämmen sie vorgeben.“ Die NGO`s stoßen laut „Dortmund“ also keine Definition an, sondern betreiben Propaganda‘ und geben darin das Gegenteil von dem vor, was sie eigentlich zu tun beabsichtigen. Die im Gewand der Ehrlichkeit daherkommende Warnung vor Heuchelei entpuppt sich selbst als heuchlerisch, da suggeriert wird, der zu bekämpfende Hass entstehe erst durch die NGO-Reaktion. Das ist nichts als die verklausulierte, humanitär aufgepeppte Variante des alten antisemitischen Klassikers, wonach die JüdInnen selbst die Schuld am Antisemitismus trügen, der Öffentlichkeit strächtig zuletzt von Jürgen W. Möllemann aufgewärmt wurde.

Die ‚Heuchelei‘ scheint den „Dortmundern“ aber noch weiter zu gehen: „Ohne sich klar dazu zu bekennen, meint die Gruppe mit Israel die Politik und die Politiker, für die sie ihre Lobbyarbeit betreibt.“ Hier im Gestus mutiger Enttarnung das wahre Ziel der NGO`s entlarvt: sie wollen allein den israelischen PolitikerInnen zuarbeiten, von denen sie mutmaßlich auch noch bezahlt werden! Die angebliche Heuchelei und die schwer durchschaubaren Interessen werden hier mit dem Motiv der Lobby verknüpft, bei dem traditionell sämtliche deutschen Alarmglocken klingeln. Denn Lobbies sind den Deutschen wegen ihres Partikularismus, ihrer bloß ‚egoistischen Interessenspolitik‘, die sich nicht in den ganzheitlichen Dienst des ‚Volkes‘ stellen will, ein Greuel – handelt es sich um (pro-)jüdische Lobbies, potenziert sich die Bedrohung nochmals aufgrund der bekannten, raffgierigen‘ und ‚unterdrückerischen‘ Eigenschaften des ‚mächtigen‘ Judentums.

Eine absolute Unfähigkeit, antisemitische Ressentiments als solche zu erkennen, wird in der scheinbar anti-nationalistischen Argumentation der „Dortmunder“ deutlich. Die NGO`s halten als ein anti-jüdisches Stereotyp „die Beschuldigung, Staatsbürger jüdischer Herkunft seien loyaler eingestellt gegenüber Israel [...] als gegenüber den Interessen ihrer eigenen Staaten“ fest. Darauf kontert „Dortmund“: „Jüdische deutsche Staatsbürger, in ihrer großen Mehrzahl nicht deutsch-national gesonnen, dürften tatsächlich kaum bestreiten, daß ihnen die jüdische, die israelische oder irgendeine andere Sache mehr am Herzen liegt als die deutsche. Die Bekundung dieser Tatsache für antisemitisch zu halten, zeugt einzig und allein von nationalistischen Vorstellungen [...]. Die Unterzeichner der Dortmunder Erklärung teilen mit ihren jüdischen Mitbürgern die Zurückhaltung gegenüber dem Rechtsnachfolger des Nazi-

Staats. Sie erscheint uns geradezu als Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben im Lande." Der Antifaschismus, der hier stolz vorgetragen wird, zielt ins Leere, ging es den NGO's doch nicht um eine nationale Disziplinierung der JüdInnen, sondern um die Benennung der antisemitischen Volte, wonach die JüdInnen eher als Teil einer international verzweigten Gemeinschaft zu ihren Stammesgeschwistern hielten als Loyalität gegenüber dem eigenen Land zu demonstrieren. Die von „Dortmund“ ins Werk gesetzte Verwechslung von Subjekt und Objekt ist typisch für ein absolut mangelndes Verständnis von Antisemitismus und zudem brandgefährlich, weil damit, wie oben gesehen, die JüdInnen plötzlich als ErzeugerInnen des Antisemitismus herhalten müssen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Dortmunder Erklärung von einem absolutem Unverständnis des Antisemitismus zeugt. An keiner Stelle wird seine Eigentümlichkeit auch nur annähernd begriffen, ganz zu schweigen von einer Benennung seiner aktuellsten Erscheinungsformen. Ganz im Gegenteil: mit der steten, im Gestus der Entlarvung vorgetragenen Rede von Lobbies und Heuchelei, der Behauptung eines Denkverbotes, wo keines besteht sowie der ins Werk gesetzten Täter-Opfer-Verkehrung bzgl. der Initiationsschuld am Antisemitismus werden selbst wesentliche Elemente des modernen Antisemitismus reproduziert. Der unbedingte Wille zum Israel-Bashing, der sich als humanitäre Kritik begreift, jedoch kein Interesse an grundsätzlicher Kritik von Staat, Nation und Kapital zeigt, ist in seinem Run gegen die scheinbare und tatsächliche Besonderheit Israels selbst antisemitisch zu nennen.

Dementsprechend liest sich die Liste der UnterzeichnerInnen wie ein Who is who des linken bundesdeutschen Antisemitismus - von attac über den Freidenkerverband, von TraditionskommunistInnen und Palästina-FreundInnen bis hin zu offenen SupporterInnen des baath- und islamofaschistischen Terrors im Irak sind alle im Boot. Eine Einzelauflistung lohnt nicht - die entsprechenden Infos sind per google leicht anklickbar - im Folgenden soll es lediglich um zwei der UnterzeichnerInnen gehen.

Elisabeth Schneider - Landesvorstand Hessen und Kreisvorstand Frankfurt der Linkspartei

Die Linkspartei profiliert sich bundesweit - etwa in Gestalt des antizionistischen und Juden als Urheber des Antisemitismus ausmachenden MdB's Norman Paech - wie regional als Feindin Israels. Das bringt Stimmen und schafft Stimmung. Eine besonders engagierte Kämpferin gegen Israel hat sich in Elisabeth Schneider gefunden, die den Antizionismus offenbar als Herzensaufgabe begreift und deswegen auch in unschöner Regelmäßigkeit Leserbriefe an die Frankfurter Rundschau verfasst. Völlig zusammenhanglos streut sie beispielsweise in ihren Brief vom 10.06.03 gegen die ‚Besatzung‘ des Irak folgende Bemerkung ein: „Es stellt sich die Frage, ob die US-Besatzung sich die israelische Methode zum Vorbild nimmt“, um dann den notorischen Kronzeugen Uri Avnery zu zitieren und daraus zu schließen: „Ich hoffe sehr, dass Israel und die USA die Besatzung beenden und dass die USA ihre Pläne für den "Wiederaufbau" des Irak und die Ausbeutung des Öls im Interesse von US-Firmen und Banken und die "Neuordnung" der Region aufgeben, auch im Interesse des US-amerikanischen Volkes, das wie die Israelis, die Kosten zahlen müsste.“ Der de facto willkürlich hergestellte Connex zwischen zwei völlig unterschiedlichen Krisengebieten - Israel als Staat im permanenten Gründungszustand, der mit seinen überwiegend feindlich gesinnten Nachbarn um eine endgültige Grenzziehung ringt vs. der aus geostrategischen Interessen geführte US-Krieg gegen ein fern des Landes gelegenes faschistisches Regime, der unter den formalen Vorzeichen von Demokratisierung steht - ergibt allein dann Sinn, wenn nicht das tatsächliche Vorgehen beider Staaten reflektiert werden, sie stattdessen als die idealtypischen „rogue states“ (Peter Sloterdijk) aus der Völkergemeinschaft' exkludiert werden sollen. So wird Imperialismus,

wirtschaftliche Interessenspolitik und organisierte Unterdrückung fremder ‚Völker‘ nicht als abschaffenswertes Kennzeichen von Staatlichkeit schlechthin begriffen, sondern allein in die zwei most hated-Nationen projiziert und deren moralischer Verkommenheit angelastet. Die USA und Israel verschmelzen solchermaßen zur antisemitischen Chiffre ‚Usrael‘, zu einem korrupt-materialistischen wie unassimiliert-aggressiven Gebilde, das als ‚Weltbrandstifter‘ die an sich friedlichen ‚Völkerschaften‘ bedroht. Selbstverständlich hat Schneider sich somit – gar als Erstunterzeichnerin – für die „Dortmunder Erklärung“ qualifiziert. Doch das war beileibe nicht ihr erster Appell: bereits im Jahr 2003 signierte sie eine französische Petition – Lob des Internationalismus! – für die Freiheit des ehemaligen irakischen Vize-Premiers Tariq Aziz. Nun ist es zwar immer schön, wenn sich Gefängnisse leeren und die zuvor Eingesperrten wieder ungesiebte Luft im Park, am Strand oder zumindest am Arbeitsplatz atmen dürfen – wieso man sich aber nun ausgerechnet für Tariq Aziz, einen langjährigen Berater des millionenfachen Mörders Saddam Husseins und unter anderem Mitverantwortlichen des bis dato schwersten Giftgasangriffs nach dem Zweiten Weltkrieg (auf die kurdische Stadt Halabja) einsetzt [3], ist unklar und wird im französischen Text auch nicht weiter begründet. Dafür finden sich in trauter Gesellschaft mit Schneider in der Unterzeichnerliste der Vordenker der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, sowie der Holocaustleugner Claude Karnoouh [4]. Offenbar haben weder die InitiatorInnen noch Schneider Probleme mit einer solchen politischen Umgebung, solange es nur gegen den richtigen Feind – die USA – geht. Noch heute, Anfang 2006, steht der Appell unverändert und mit den benannten UnterzeichnerInnen im Internet [5].

Hans-Christoph Stoodt – Ein protestantischer Pfaffe macht mobil

Der Pfarrer H.-C. Stoodt ist seit langen Jahren in der Frankfurter linken Szene engagiert und hat sich wirkliche Verdienste, zuletzt z. B. durch die Förderung einer Ausstellung des völlig marginalisierten Förderverein Roma, erworben. Sein politischer Standpunkt ist klar links, bei in der Region angekündigten Nazi-Demonstrationen zeigt er sich stets als engagierter Gegner, seine fehlende Verurteilung von Gewalt und Extremismus trug ihm Popularität bis weit in autonome Kreise hinein ein. Doch bei allen Bemühungen um die Aufarbeitung des Nationalsozialismus, um die Verhinderung von Ehrungen prominenter NationalsozialistInnen und gegen das Erstarken rechtsradikaler Bestrebungen steht für ihn wie für Elisabeth Schneider ein Feind fest, den er mit seinen politischen GegnerInnen von der braunen Front teilt: ‚Usrael‘. Seinen Antiamerikanismus demonstrierte er zuletzt öffentlichkeitswirksam anlässlich der Visite von George W. Bush in Mainz. Auf einer von ihm mitorganisierten, zeitnah zum Staatsbesuch terminierten Demo in Frankfurt projizierte er, Bush intendiere, „die ganze Welt in einziges Guantanamo“ zu verwandeln [6]. Zum einen stellt der gezogene Vergleich, der primär auf zugeschweißte rheinland-pfälzische Gullydeckel und zeitweise stillgelegte Handy-Netze rekurrierte, eine Verharmlosung des extrajuristischen Raumes Guantanamo dar, was auf die Instrumentalisierung der realen Opfer der US-Politik verweist. Zum anderen äußert sich in der zitierten Projektion eine gefühlte Bedrohung, die fern jeglicher Rationalität und Empirie ein Gefährdungsszenario konstruiert, welches der USA eine nicht vorhandene Macht, gar Omnipotenz, zuschreibt, und damit zugleich eine direkte Betroffenheit aller BürgerInnen suggeriert. So wird eine Generalmobilmachung in Gang zu setzen gesucht, die neben antiamerikanischen Ressentiments zumindest latent nationalistische Abwehrängste („das lassen WIR nicht mit uns machen“) anspricht. Auch als Unterzeichner der Dortmunder Erklärung beweist Stoodt sowohl biographische wie inhaltliche Stringenz im Bedienen von Ressentiments. Denn dass die Verbrechen des israelischen Staates besondere Aufmerksamkeit verdienen, stellte Stoodt spätestens mit der auf seine Initiative hin gezeigten Ausstellung „Palästina – Alltag unter Besatzung“ klar. Mit der Lüge, es handele sich bei den transportierten Informationen über das reale

und/oder fiktive Leiden der palästinensischen Bevölkerung um eine von der Weltöffentlichkeit nicht beachteten Sachverhalt [7] , wo doch der Konflikt um die Gebiete der bestdokumentierteste Krieg der heutigen Zeit ist und etwa die an PalästinenserInnen gezahlte Pro-Kopf-,Entwicklungshilfe' seitens der BRD die höchste weltweit ist, wird ein scheinbar umfassendes Einfühlen in das palästinensische ‚Volk‘ ermöglicht. Diese mit der visuellen und damit plakativen Evidenz von Leiden arbeitende Schein-Empathie stellt sich allerdings in schöner Regelmäßigkeit als die größte Lüge überhaupt heraus, denn das Leiden interessiert nur dann, wenn es von Israel verurteilt wird. Weder wird zur Kenntnis genommen, dass in den letzten Jahrzehnten mehr PalästinenserInnen von AraberInnen als von Israelis getötet wurden, noch werden die Marginalisierten und Diskriminierten innerhalb der palästinensischen Gesellschaft - z. B. Frauen die unter sexualisierter Gewalt und patriarchalen Strukturen leiden, DissidentInnen die als ‚Kollaborateure‘ verfolgt werden, Menschen mit gleichgeschlechtlichen Liebes- und Sexualbeziehungen die als Homosexuelle Steinigungen zum Opfer fallen - beachtet. Erneut wird hier also wie bereits im Fall Guantanamo mit scheinbar humanitären Argumenten Leiden monokausal rezipiert, dekontextualisiert und damit instrumentalisiert. So ist jedoch niemals den angeblich oder wirklich Betroffenen zu einer Verbesserung ihrer Lage zu verhelfen, so wird lediglich die Konstruktion eines Feindbildes ermöglicht, die der Projektion eigener aggressiver Anteile und Ressentiments dient. Typisch für die im Endeffekt antisemitischen Effekte steht ein Stoodt-Zitat aus einer im Internet publizierten E-Mail an den jüdischen Initiator der Medienbeobachtungsinitiative „Honestly Concerned“ : „Wie Sie wissen, ist es ein uraltes antisemitisches Stereotyp, die Jüdinnen und Juden weltweit als irgendwie verschworene Gemeinschaft darzustellen. [...] Wer aber umgekehrt so argumentiert, daß Kritiker Israels sofort als Antisemiten beschimpft werden, wie ich es gerade erlebe, sollte sehr vorsichtig sein, nicht letzten Endes genau solchen rassistischen Stereotypen Wasser auf die Mühlen zu leiten.“ Zunächst ruft Stoodt in pseudodistanzierter, lehrerhafter Manier einem Juden das diesem vermutlich aus eigener Erfahrung wohlbekannte antisemitische Stereotyp ins Gedächtnis, um es dann zu dementieren, schließlich aber doch wieder als Option im Konjunktiv zu legitimieren. Unter dem Strich wird damit gedroht: Wenn du (bzw. die Juden) es zu bunt treibst/treiben, können wir (Christen/Deutschen) auch anders! Zum einen findet hier erneut die bekannte Verdrehung von Täterschaft und Opferstatus in Sachen Antisemitismus statt, zum anderen wird der Antisemitismus als Drohroutine eingesetzt, um (jüdische) KritikerInnen in ihre Grenzen zu verweisen. Den JüdInnen wird zwar ein Platz als Mahner und Warner am Rande der Gesellschaft, als zivilgesellschaftlich organisierte und kulturpflegende Minderheit zugestanden - Auschwitz hat schließlich zur Genüge eingeschüchtert. Sobald sie jedoch diese erneut von Deutschen gesetzten Beschränkungen überschreiten und sich zu selbstbewussten bürgerlichen Subjekten emanzipieren - sei es als entschlossene KritikerInnen des hegemonialen Antizionismus oder als bewaffnete VerteidigerInnen des eigenen Lebens - wird das Kehr Bild des ‚frechen Juden‘ herangezogen. Stoodt und seine unzähligen GesinnungsgenossInnen signalisieren somit nicht allein ihre Kapitulation vor dem immer noch und immer wieder virulenten eliminatorischen Antisemitismus, sondern fordern diesen Kotau auch unverschämterweise von den JüdInnen selbst

Conclusio

Aus den aufgeführten Exempeln linken USA- und Israelhasses lässt sich vieles destillieren. Einige der naheliegenden Schlussfolgerungen seien kurz angerissen.

Zunächst stehen die beschriebenen Beispiele paradigmatisch für den Mainstream der europäischen und vor allem deutschen Linken. Die Linke gibt darin ihr Versagen, den heutigen Antisemitismus zu begreifen, zu Protokoll. Der Judenhass hat sich seit 1945 gewandelt, während - zumindest in den kapitalistischen Zentren - offene Judäophobie wie rassistisch begründeter

Antisemitismus lange Zeit einer öffentlichen Kommunikationslatenz unterworfen wurde (im Privaten aber weiter bestand), existierte das Ressentiment in codierter Form weiter. Wird der sekundäre, als Erinnerungsabwehr erscheinende Antisemitismus von der Linken noch bis zu einem gewissen Grad anerkannt, wenn auch meist bagatellisiert oder ignoriert, so wird weder seine Codierung als Pseudo-Antikapitalismus noch sein Erscheinen als Antizionismus verstanden. Während der Pseudo-Antikapitalismus antisemitische Bilder und Strukturen aufgreift, ohne explizit von Juden zu reden und stattdessen von Raffgier, Heuschrecken und internationalem Finanzkapital schwadroniert, macht der Antizionismus Israel zu dem ‚Juden‘ unter den Staaten. Entsprechend werden nicht nur andere Standards an Israel angelegt als an andere Staaten, wird Israel offen oder implizit das Existenzrecht entzogen oder mit der Anwendung nazistischer Methoden in Verbindung gebracht [8], sondern werden auch die einschlägigen Bilder des alten Antisemitismus auf den jüdischen Staat projiziert. So ist z. B. die Negierung authentischer Staatlichkeit und die alleinige Subsumtion Israels unter Kategorien wie Vorposten des Imperialismus, Brückenkopf der USA oder gleich künstliches Gebilde nichts anderes als die alte Mär von den JüdInnen, die weder assimilationsfähig seien noch ein eigenes Volk darstellten, deren Kosmopolitismus jede Natürlichkeit und organische Verwurzelung abgehe. Die Linke versagt also de facto vor dem Verständnis der aktuellen Ausprägungen des Antisemitismus, beansprucht jedoch zugleich weiterhin, stets im Namen der ‚Anderen‘, der Opfer des Faschismus zu sprechen und zu handeln. Jedoch werden deren Erfahrungen nur äußerst selektiv rezipiert – neben sporadisch organisierte Veranstaltungen mit Überlebenden des Vernichtungsterrors, in denen jene meist vorwiegend auf ihr vergangenes Leid und die individuelle Verarbeitung der ihnen zugefügten Brutalität befragt werden, fällt vor allem die intensive Promotion dissidenter jüdischer Stimmen aus Europa und Israel auf. So ist der auch von Schneider und Stoodt [9] ins Feld geführte Uri Avnery mittlerweile in Zentraleuropa um vieles bekannter als in Israel selbst. An der innerjüdischen Opposition interessiert die Linke dabei weniger deren spezifische Positionierung als politische Linke vor ihrem jüdischen Hintergrund, sondern allein ihre Gegnerschaft zum ‚zionistischen Establishment‘ – eine Minderheit von ‚guten‘ JüdInnen wird so als Alibi benutzt, um politisch korrekt auf die Mehrheit der ‚bösen‘ JüdInnen einzuprügeln. Die andere Seite der Spaltung in instrumentalisierbare und nicht genehme JüdInnen zeigt sich im Abwatschen derjenigen, die sich aus der ideell von den Linken zugewiesenen Opfer- und Alibirolle herausbegeben und dafür mittels Drohung mit der antisemitischen Keule bestraft werden – die Opferidylle erweist ihre Verlogenheit. Die Allianz der Linken und der Unterdrückten trägt also nur, solange die als Unterdrückten ausfindig Gemachten sich in ihre von den Linken zurechtgeschneiderten Rolle fügen. So können zwar partiell reaktionäre Tendenzen ‚solidarisch‘ bekämpft werden – etwa wenn sich Linke und jüdisch Gemeinde anlässlich von Nazi-Demos gegen den Neubau einer Synagoge in einem Bündnis zusammenfinden – die Gemeinsamkeiten enden aber dort, wo die JüdInnen über das Bild der braven Mahner vor Rechtsradikalismus hinausgehen und sich als selbstbewusste, bürgerlich-emanzipierte Subjekte verhalten. Die in tausenden von Flugblättern, Appellen und Büchern dokumentierte linke Hetze gegen die staatlich und autonom organisierte militärische ‚Selbstverteidigung‘ des Judentums demonstriert unter diesem Blickwinkel die Weigerung der Linken, die JüdInnen als ganz normale Menschen in einer ganz besonderen Situation zu akzeptieren. Der linke Anspruch, die ‚richtigen Konsequenzen‘ – Menschenrechtsorientierung, Pazifismus, Demokratie und Multikulti – aus dem Nationalsozialismus zu ziehen, der die Erfahrung der Barbarei historisiert, entkonkretisiert und auf falsche Weise universalisiert (im Sinne eines Beschweigens der spezifischen Ursachen und Ideologien, die die Grundlage der Massenmorde bildeten), erweist sich so als Versuch der Monopolisierung historischer und aktueller Wahrheit. Die den passivierten Opfern entrissene Deutungshoheit wird unter dem Banner des Antifaschismus moralisch-gutmenschlich aufgeladen und solchermaßen in eine einst alternative, unter Rot-Grün hegemoniale Nationalisierung eingepasst. Das angebliche Sprechen

für die Opfer, das jenen selbst die Stimme raubt wendet sich schließlich und in umgemodelter Form erneut gegen die Opfer, seien es die hier lebenden AntisemitismuskritikerInnen oder die in Israel um ihr kollektives Überleben Kämpfenden.

Die Linke hat also wesentlichen Anteil an der Transformation zum ‚ehrbaren‘ Antisemitismus und beteiligt sich bis heute mehrheitlich an dessen Formulierung und Popularisierung. Während Rechtsradikale oft in den selben Worten wie Linke gegen den ‚Schlächter‘ Sharon, die ‚Kindermörder‘ der IDF oder die ‚Arroganz‘ und ‚westliche Dekadenz‘ der israelischen Gesellschaft hetzen, aber dabei zu Recht stets unter Antisemitismusverdacht stehen, können die Linken auf der Haben-Seite ihren Antifaschismus und ihre Allianz mit den Unterdrückten, den Opfern der Geschichte verzeichnen. Das solchermaßen erarbeitete Alibi macht es ihnen möglich, in aller Unschuld und mit fast unanfechtbarer moralischer Rhetorik gegen diejenigen Propaganda zu treiben, als deren legitime NachlassverwalterInnen sie sich begreifen. Die Linke selbst ist über dieses Ticket zu einem Motor eines längst in den Mainstream diffundierten Antisemitismus geworden – wenn auch unklar bleibt, inwieweit sie sich dessen bewusst ist, inwieweit die Möglichkeit erneuter Elimination bewusst vorangetrieben oder lediglich als unintendiertes Nebenprodukt des Ressentiments befördert wird. In ihrer mithilfe der beschriebenen moralisierenden Argumentation legitimierten Praxis manifestiert sich eine Hauptwiderspruchslogik, die sich gegen die ‚Weltfeinde‘ USA und Israel auch (temporär? strategisch?) im- wie explizit mit den ansonsten geächteten Rechtsradikalen im In- wie Ausland verbündet, wie das Beispiel des Aufrufes für Tariq Aziz zeigt. Spätestens hier wird die Abkehr von jeglicher Emanzipationsbestrebung offenbar, ebenso wie sich das stets angemahnte Einfühlen in die Unterdrückten im besten Fall als romantisch-naive Sehnsucht, im schlimmsten als reaktionär-völkische Ideologie erweist, die sich selektiv bestimmte Bilder von ‚Opfern‘ nur instrumentell herausgreift, um die eigene Mobilisierung gegen den ‚Feind‘ zu legitimieren und voranzutreiben. Es wäre an der Zeit, den antisemitischen Linken – heißen sie nun Stoodt oder Schneider, Elsässer oder Pirker, Paech oder Karsli, AIK oder Linksruck, Junge Welt oder Neues Deutschland, taz oder Freitag – den Anspruch auf Humanität und Emanzipation zu bestreiten. Dabei muss es um eine genaue Analyse der Allgemeingültigkeit wie der Spezifik des linken Antisemitismus gehen, um anschließend im Modus bestimmter Negation die zu bewahrenden Elemente des linken Weltbildes – den Antifaschismus, die Parteinahme für die Opfer, die Orientierung an einer globalen Abschaffung des Leidens – in den Rahmen einer materialistisch-kommunistischen Kritik zu überführen, die den Antisemitismus als Basisideologie bürgerlicher Vergesellschaftung begreift und darin seinen einstigen wie heutigen Opfern und ihren Erfahrungen den ihnen zustehenden Raum einräumt.

[1] Siehe <http://www.honestly-concerned.org/NGO-FORDERUNGSKATALOG.htm>

[2] Vgl. etwa die Untersuchung von Margarete und Siegfried Jäger, Medienbild Israel – Zwischen Solidarität und Antisemitismus.

[3] Vgl. <http://www.nahost-politik.de/irak/giftgas.htm>

[4] <http://www.idgr.de/texte/rechtsextremismus/frankreich/harmattan.php>

„In der Gerichtsverhandlung gegen Robert Faurisson erklärte Claude Karnoouh,

am 25. Juni 1981, als Zeuge des Angeklagten: "Ich glaube wirklich, daß die Gaskammern nicht existiert haben; eine gewisse Anzahl von offiziellen Wahrheiten der Geschichte endeten, in dem sie revidiert wurden. Ich kenne nur totalitäre Staaten, wo man sagt, daß eine historische Wahrheit ewig ist."

[5] <http://www.amnistia.net/news/articles/fascdoss/azizpeti/doc.htm>

[6] Vgl. <http://jungle-world.com/seiten/2005/09/5015.php>: „In seiner Rede äußerte er die Vermutung, dass es die Absicht des US-Präsidenten George W. Bush sei, »die ganze Welt« in ein einziges Guantánamo zu verwandeln. Das

sehe man schon in Mainz, wo beispielsweise Gullydeckel zugeschweißt würden, das Handynetz lahm gelegt werde und Menschen ihre Wohnungen nicht verlassen dürften. Die Demonstrantinnen und Demonstranten, die sonst gerne auf die Brutalität der Haftbedingungen und die Rechtlosigkeit der Inhaftierten in Guantánamo hinweisen, jubelten und applaudierten.">[7] Zitat aus dem Ankündigungstext: „Aber vor allem die strukturelle Gewalt der Besatzung – alltägliche Demütigung und Entrechtung – taugt nicht für spektakuläre Bilder, sondern geschieht, ohne von der Weltöffentlichkeit wahrgenommen zu werden.“

[8] Vgl. auch die entsprechenden Ergebnisse der Heitmeyer-Studie 2004, wonach 2/3 der Deutschen Israel einen ‚Vernichtungskrieg‘ andichten.

[9] Vgl. etwa Stoodt im O-Ton: „Vielmehr ist die Kritik an der Besatzungspolitik Israels, die in dieser Ausstellung geübt wird, eher noch milde im Vergleich mit israelischen Stimmen zur selben Angelegenheit. Sollten Sie an entsprechenden Dokumenten zB. von Uri Avnery, Ran Ha-Cohen oder anderen interessiert sein, schicke ich Sie Ihnen gerne zu.“, abrufbar unter...